Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1910

14 (19.1.1910) 1. Blatt

Visual Library

№ 14. 1. Blatt. Karlsruhe, Mittwoch, den 19. Januar 1910. 48. Jahrgang.

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch".

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittelungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

Trennung von Staat und Kirche.

In den Nrn. 47 und 49 von 1909 und Nr. 1 von 1910 des „Evang. Gemeindeboten für die Stadt Karlsruhe" finden sich Artikel über die Trennung von Staat und Kirche, welche gewissen Beifall in der liberalen Presse gefunden haben, und, wenn man letzterer glauben darf, die Stimmung nicht weniger liberal-protestantischer Geistlichen widerspiegeln. Wenn wir uns veranlaßt sehen, zu diesen Artikeln einige Bemerkungen zu machen, so geschieht es nicht deshalb, weil darin offensichtlich die übliche große Feindseligkeit und Unkenntnis inbezug auf die katholische Kirche zum Ausdruck kommt, sondern deswegen, weil darin denn doch das Trennungsproblem in einer höchst oberflächlichen Weise behandelt und weiteren Kreisen unserer evangelischen Mitbürger vorgelegt wird. Der Verfasser jener Artikel findet: wenn man der Trennungsfrage näher trete, drehe es sich immer vorwiegend um zwei Dinge, um den Religionsunterricht in der Schule und um die finanzielle Beihilfe des Staates an die Kirche, außerdem noch um den protestantischen Summepiskopat des Landesherrn. Es mag sein, daß der liberale Durchschnittspolitiker nicht tiefer in das Trennungsproblem eindringt. Und es ist richtig, daß schon gegen diese oberflächliche Auffassung der Frage nach dem Schicksal des Religionsunterrichtes und der finanziellen Staatsbeihilfe bei einer Trennung von Staat und Kirche eine Mahnung zur Nüchternheit und Besonnenheit (E. Gemeindebote Nr. 1 S. 5) sehr notwendig ist. Aber wer das Trennungsproblem einmal erörtert, der darf es sich nicht ersparen, seinen Lesern von dessen ganzer Tragweite einen Begriff zu vermitteln. Der protestantische Kirchenrechtslehrer an der Universität Berlin Geh. Justizrat Prof. Dr. Wilh. Kahl sagt in seiner Rektoratsrede vom 15. Oktober 1908 (Internat. Wochenschrift für Wissenschaft und Technik, Beigabe zur Münchener Allg. Ztg. vom 24. Oktober 1908), betitelt: „Aphorismen zur Trennung von Staat und Kirche", deren Lesung und Erwägung nicht genug empfohlen werden kann:

„Entstünde also ernsthaft ein deutsches Trennungsproblem, so gälte es, auch diejenigen beiden Beziehungen in ihrer Gesamtheit zu lösen, in welchen nach dem herrschenden System der Kirchenhoheit unsere Staaten und Kirchen noch gegenwärtig verbunden sind. Wir sähen uns vor folgende konkrete Entschließungen gestellt: Soll verzichtet werden auf gesetzliche und administrative Staatsaufsicht über kirchliches Aemterwesen, Strafrechts- und Zuchtgewalt, Vermögensverwaltung, geistliche Orden, die Ordnung religiöser Kindererziehung, die Voraussetzung bürgerlich gültigen Konfessionswechsels und Austritte aus der Kirche? Ist die Anerkennung der Kirchen als öffentlicher Kooperationen zurückzuziehen, das Kultusbudget zu streichen, die Religion als Privatsache zu behandeln und in allen ihren Einwirkungen auf das öffentliche Leben zu tilgen; in Sonntagsruhe, Gewerberecht, Militärkirchenwesen und staatlicher Gefangenenseelsorge? Ist jeder spezifische Strafschutz preiszugeben? Ist der Zusammenhang von Kirche und Schule bis zur Streichung des Religionsunterrichtes zu lösen? Sind die theologischen Fakultäten aufzuheben? Ist die Beseitigung des landesherrlichen Kirchenregiments über die evangelischen Kirchen herbeizuführen? Eine Welt von Fragen. Hinter jeder lauern andere."

Auch darin hat Kahl Recht, daß das Trennungsgeschäft Sache der Einzelstaaten und somit „ungleich, darum nur verwirrend der Erfolg in jedem Fall wäre". Man denke nur z. B. daran, daß im Falle einer badischen „Trennung" das Militärkirchenwesen unberührt bliebe. „Für uns kommt nur eines in Betracht und das gewiß: ein Vorbild haben wir nicht. Unsere kirchenpolitische Aufgabe begründet sich aus deutscher Geschichte und aus deutschem Recht. Beide weisen nicht auf den Weg der Trennung." (Kahl a. a.). Erbpächter des „Deutschtums" aber suchen uns in wälsche kirchenpolitische Frivolitäten hineinzutreiben unter Führung wälscher Logen.

Es ist unverantwortlich, auch dem Staate gegenüber, die öffentliche Meinung über die Trennungsfrage bestimmen zu wollen, ohne auf diese „Welt von Fragen" im einzelnen einzugehen. Je nachdem sie beantwortet werden, wird die „Trennung" etwas total anderes. Man kann z. B. nicht, wie es im „Evang. Gemeindeboten" geschieht, sich leichthin damit trösten, die Kirche könnte ja, wenn der Religionsunterricht aus der Staatsschule beseitigt würde, den ganzen Religionsunterricht selbst übernehmen. Wie soll sie die entfallenden Lehrkräfte beschaffen? Wird es nicht schwierig sein, außerhalb und neben dem obligatorischen Schulunterricht die Kinder die notwendige Zeit hindurch zum Religionsunterricht zu bekommen? Welchen Einfluß wird eine von der Religion getrennte, vielleicht religionsfeindliche, Schule üben, die verzichtet auf die jetzt gesetzlich festgelegte Aufgabe, die Kinder zu religiös-sittlichen Menschen heranzubilden? Und was kommt für das Staatswesen, für das Volksganze, bei dem Verzicht auf diesen Standpunkt heraus? Ist das erträglich, ohne das Recht zu freien konfessionellen Schulen? Ist es leicht, diese zu gründen und zu unterhalten? Weiter: es ist oberflächlich, sich zu trösten, daß beim Wegfall der Staatszuschüsse — notabene bei Trennung von Staat und Kirche! — die Erhöhung des Selbstbesteuerungsrechtes der Kirchengenossen Abhilfe böte! Wo ist die Garantie, daß die kirchliche Besteuerung auf der jetzigen Grundlage mit öffentlich-rechtlichem staatlichem Zwang im Falle der Trennung bestehen bleibt? Wenn vielleicht die Kirche gar nicht mehr als öffentlichrechtliche Kooperation anerkannt würde? Und wo ist die Gewähr, daß der Staat dann um so viel weniger Steuern erhebt, als auf die Kirchen überwälzt wird? Uebrigens sind auch Austritte aus der Kirche infolge der Erhöhung der Kirchensteuer nicht leicht zu nehmen. Es mag sein, daß, wer infolge des Kirchensteuerzettels austritt, damit nur bezeugt, daß er innerlich nicht mehr zur Kirche gehört. Damit ist der Fall aber für einen guten Hirten nicht abgetan. Die Aufrechterhaltung der äußeren Verbindung mit der Kirche ist eine Erleichterung der inneren Rückkehr. Und Weib und Kinder, die ein Austretender in seinen Abfall mitreißt. Man sieht: die Sache liegt so einfach nicht. Kahl hat Recht: „Eine Welt von Fragen. Hinter jeder lauern andere." Und nur eine ehrliche gründliche Stellungnahme zu diesen Einzelfragen gestattet eine Erledigung des ganzen Trennungsproblems. „Man gewinne die Freudigkeit, sie ausnahmslos zu bejahen, dann hat man in Wahrheit Trennung von Staat und Kirche. Will man nur teilweise bejahen, dann rede man nicht von Trennung. Ich verneine sie alle." So Kahl. Oder will man auf protestantischer Seite wirklich sich mit einer Trennung nach Art der französischen befreunden, die nach Kahl den Eindruck macht: „Der französische Staat habe im Gesetz vom 9. Dezember 1905 sich von der Kirche, nicht aber die Kirche von sich getrennt"?

Das ist das Ideal derer, die heute bei uns nach der „Trennung" schreien: Aufrechterhaltung des ganzen Systemes von Mißtrauen, Einmischung und Bevormundung gegen die Kirche, Beseitigung aber von alledem, was heute vonseiten des Staates der Kirche zugute kommt. Diese Pille verzuckert man mit dem Schlagwort von der „größeren Selbständigkeit der Kirche". Daß diese „Selbständigkeit" nur da gewollt ist, wo sie der Kirche Schwierigkeiten machen kann, nicht aber da, wo sie einer freien Entfaltung ihrer Wirksamkeit zugute käme, wird wohlweislich verschwiegen.

Es ist daher Pflicht derer, die es gut mit Staat und Kirche meinen, sich nicht von Irrlichtern verlocken zu lassen. Sie werden dann zu den gleichen schweren Bedenken kommen wie Geheimrat Dr. Kahl. Kahl bestreitet auf das entschiedenste, was der „Evang. Gemeindebote" zum Schlusse behauptet, daß die Entwickelung in die Richtung zur Trennung dränge. Nur gewisse Agitatoren drängen dazu. Ihnen Widerstand zu leisten, ist vaterländische und kirchliche Pflicht. Der beste Widerstand wird geleistet durch gründliche Erfassung und Klarlegung des Trennungsproblems in seiner ganzen Tiefe gegenüber der oberflächlichen, leichtsinnigen Behandlung desselben durch die Apostel der Trennung. In diesem Sinne sagen wir mit dem „Evang. Gemeindeboten": Bereitsein ist alles!" Wir müssen dafür sorgen, daß die Verfechter des Trennungsgedankens uns nicht überrumpeln.

Wenn wir von katholischer Seite gegen die Trennung von Staat und Kirche uns aussprechen, so geschieht dies nicht deshalb, weil wir für die katholische Kirche von einer solchen mehr zu fürchten hätten, als die protestantische Kirche für sich, oder weil wir unter den heutigen Verhältnissen in der Aufrechterhaltung der jetzigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche für letztere besondere Vorteile erblicken müßten. Wir sind überzeugt, daß der Protestantismus, die protestantische Landeskirche namentlich, etwaige Nachteile der Trennung einschneidender empfände. Die ablehnende Haltung der katholischen Kirche ist eine grundsätzliche. Es kann nicht zugegeben werden, daß für den Staat die positive Religion ohne Bedeutung sei. Das Leitmotiv der „Laisierung der Gesellschaft", die „Trennung des Staates von der Religion", sind nach Kahl die charakteristischen Eigentümlichkeiten der französischen Trennungspolitik. Eine solche Trennung — wir wiederholen es, daß sie unseren Trennungsfanatikern vorschwebt — ist ein verhängnisvolles Attentat auf die Grundlagen der öffentlichen Ordnung, des Staates selbst. Aber auch die amerikanische Art der Trennung — „völlige Ausschaltung des Kirchenwesens aus dem öffentlichen Recht", aber „keine Trennung des Staates von der Religion" — wäre ein radikaler Bruch mit der historischen Entwicklung bei uns, nicht eine Fortentwickelung, und darum ein Sprung ins Dunkle. Für solche Experimentalpolitik ist Vaterland und Volk zu kostbar.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung.

Berlin, 18. Jan. 1910.

Beginn der Sitzung: 1 Uhr.

Am Bundesratstische von Delbrück, von Oehringen.

Ein schleuniger Antrag auf Einstellung eines gegen den Abg. Geck schwebenden Privatklage-Verfahrens für die Dauer der Session gelangt debattelos zur Annahme.

Auf der Tagesordnung steht sodann die Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) betreffend den Mansfelder Bergarbeiterstreik.

Staatssekretär Delbrück erklärt sich auf Anfrage zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Sachse (Soz.) begründet die Interpellation: Der Mansfelder Streik habe umso mehr Aufsehen erregt, als man es dort nach allgemeiner Auffassung mit einer reichstreuen Arbeiterschaft zu tun habe. Aufsehen auch deshalb, weil man bis dahin geglaubt hatte, es herrschten im dortigen Bergbau geordnete Zustände, endlich auch deshalb, weil von vornherein ganz ohne Not Militär Verwendung gefunden habe. Gleich beim ersten Schritt der Mansfelder Bergarbeiter, sich zu organisieren, sei ihnen in gewaltsamer Weise entgegen getreten und ihnen ihr Koalitionsrecht verweigert worden. Redner schildert eingehend die Vorgänge beim Streik. Unter den Beamten in Mansfeld habe sich dieselbe Korruption eingebürgert, wie solche laut gerichtlicher Feststellung in Saarbrücken geherrscht hat. Aus den sonstigen Mißständen im Mansfelder Gebiet erwähne er: rückgängige Löhne bei großer Teuerung, ferner hätten die Arbeiter 6 Wochen lang auf Lohnzahlung warten müssen. Wer im Monat mehrere Schichten versäumt hatte, dem wurde sogar die Abschlagszahlung verweigert und Aehnliches mehr. Da der Redner sich überaus eingehend über die gesamten Arbeitsverhältnisse im Mansfelder Bergbau verbreitet, wird er wiederholt von dem amtierenden Vizevorsitzenden Spahn ersucht, sich mehr an den eigentlichen Gegenstand der Interpellation zu halten. Daß, wie man gesagt hat, das Militär habe herangezogen werden müssen, sei absolut unzutreffend. Ein starkes Stück sei es gewesen, daß das Militär aus Halle und Merseburg beordert wurde. Diese Soldaten hätten also eventuell in die Lage kommen können, auf Vater und Brüder zu schießen. Ein größerer Fehler konnte von der Militärverwaltung gar nicht begangen werden. Es war das geradezu eine Schmach. Tatsächlich wurde in dem ganzen Streik kein Tropfen Blut vergossen. (Gelächter rechts.) War das Militär da überhaupt nötig? Nur einen Toten gab es — erschrecken Sie nicht —, es war ein Militärgaul. (Heiterkeit.) Den besiegten Bergleuten haben die Gewerkschaften noch zum Schluß Fußtritte versetzt, durch Abnahme des Versprechens, sich von der Organisation fern zu halten. Für die Gewerkschaft sei das ein Denkstein der Schande. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 19. Januar 1910.

□ **Großh. Hoftheater.** In der am kommenden Sonntag, den 23. Januar, stattfindenden Uraufführung von Siegfried Wagners „Banadietrich" wird die dem Heldentenor zufallende Partie des Wittich Herr Heinrich Hensel vom Königl. Theater in Wiesbaden singen, der sich zum Studium der Partie schon vor einigen Wochen bereit finden ließ, als feststand, daß nach dem Stand der Gesundheit des Herrn Tänzler mit der Ausarbeitung vor allem neuer Aufgaben durch diesen Sänger vorläufig nicht gerechnet werden konnte. Die andere Tenorpartie (Dietleib), welche dem zur Zeit der Einstudierung noch nicht wiederhergestellten, jetzt aber wieder gesund gemeldeten Herrn Bussard zugeteilt war, wurde von dem zur Aushilfe beigezogenen Herrn Pancho Kochen von Hamburg übernommen.

□ **Großh. Hoftheater.** Das Lustspiel „Das Konzert" von Hermann Bahr, welches am kommenden Donnerstag, den 20. d. M., hier zur Erstaufführung gelangen wird, hat erst vor drei Wochen (am 23. Dezember 1909) seine Uraufführung gleichzeitig am Lessingtheater in Berlin, am Königl. Schauspielhaus in Dresden und am Schauspielhaus in Frankfurt a. M. erfahren. Das Werk ist an über weiteren 50 Bühnen, so an den Hofbühnen in München, Mannheim, Darmstadt, Braunschweig und an den Stadttheatern Breslau, Düsseldorf, Hamburg, Köln, Mainz, Nürnberg, Straßburg usw. angenommen worden. Außerdem wurde es bereits in die englische, französische und russische Sprache übersetzt.

□ **Großh. Hoftheater.** Herr Kammersänger Bussard, welcher sich von seiner Erkrankung wieder vollständig erholt hat, wird am Samstag, den 22. Januar, als „Herzog" in „Rigoletto", welche Oper nunmehr anstatt des ursprünglich angesetzten „Trompeter" gegeben werden wird, seine künstlerische Tätigkeit wieder aufnehmen.

Viertes Künstlerkonzert des Konzertvereins Karlsruhe. Wir befinden uns inmitten der karnevalistischen Strömung, die gegenwärtig alle Vereine in ihren Strudel mit hineinzieht und deren Wellen auch in Familien- und gesellschaftlichen Kreisen alle Sorgen und trüben Aussichten mit fortspülen, als gäbe es nichts wie sonnige Freude und Heiterkeit und wäre die Hauptaufgabe der Gegenwart lediglich die: das Tanzbein zu schwingen, Narrensitzungen abzuhalten, zu flirten, zu singen und zu trinken. Und dabei die stete Klage über die schlechten Zeiten, über die drückenden Steuern, Umlagen, Verteuerung der Lebensmittel 2c. Wenn man die Zeitungsannoncen liest, sollte man meinen, wir lebten in Utopien, und man brauche nur in den Geldbeutel zu greifen, der sich von selbst wieder fülle, wie einstens der Oelkrug der Witwe von Sarepta! Zwischen all diesen geselligen Anpreisungen tauchen immer aufs neue Konzertanzeigen auf, eine nach der anderen, als hätten die Leute gar nichts eiligeres zu tun, als vom Konzertsaal in den Tanzsaal und von letzterem wieder zum ersteren zu eilen, damit sie das sich selbstfüllende Portemannaie immer wieder leer kriegen und die Konzertanten viel Geld verdienen. Also wozu denn die Klagen über die schlechten Zeiten?

„Die Welt ist schlecht! So höret man
Auf allen Gassen sagen.
Doch viele merken nicht, daß sie
Die Welt im Herzen tragen."

Unter sothanen Umständen war es immerhin ein Wagnis, daß am vergangenen Samstag abend der Konzertverein Karlsruhe inmitten der Hochflut von Veranstaltungen dieses Abends das Chaigneau-Trio aus Paris, die Damen Suzanne (Violine), Margueritte (Violin-Cello) und Therese Chaigneau (Klavier) auftreten ließ. Auch war es wiederum ein Wagnis, seitens der drei Französinnen mit Beethovenschen, besonders aber Brahmschen Werken vor das deutsche Publikum zu treten. Doch war dieser Wagemut gerechtfertigt, denn die drei Damen boten nichts, was nicht Anspruch auf echte Künstlerschaft gehabt hätte. Die Sonate a trois von Leclair, des bedeutendsten Geigenvirtuosen aus dem 17./18. Jahrhundert, Beethovens Trio D-dur und Brahms Trio H-dur wurden von den drei Damen vortrefflich zu Gehör gebracht. Besonders das erstgenannte Werk Leclairs bewies, daß jede der drei Damen eine Künstlerin ihres Faches ist. Was das Beethovensche Trio betraf, dessen Jedeengehalt einen tiefen Ernst, aber auch blühende Sinnlichkeit des Temperaments verlangt, so gelang das Largö am besten, ebenso das Adagio des Brahmschen Werkes, weil beide Sätze ihres weichen, elegischen Charakters wegen der Auffassung und Empfindung der drei Exekutierenden am meisten entsprachen. Neben den beiden Streichinstrumenten war es besonders auch das Klavier, Fräulein Therese Chaigneau, das die anderen zu inspirieren schien. Diese Künstlerin spielte ausgezeichnet, manchmal sogar auf Kosten ihrer mitspielenden Schwestern, aber ihre spezifischen Pianistenqualitäten stellen sie ebenbürtig neben die besten Klavierspieler. Es war ein interessanter Abend und wir bedauerten im Interesse der beachtenswerten künstlerischen Bestrebungen des Konzertvereins Karlsruhe, daß dieses Konzert nicht besser besucht war, obwohl man sich eigentlich nicht zu wundern brauchte, denn in allen größeren Wirtschaftssälen wurde gesungen, musiziert und vorgetragen, auf der Straße eilten einzelne Masken, maskierte Pärchen, ja zuweilen Urahne, Großmutter, Mutter und Kind in die Vergnügungslokale. Der Karneval ist eben die einzige Zeit, wo der Mensch, mit der Larve im Gesicht, sich zeigt, wie er ist oder gerne sein möchte. Das ganze Jahr hindurch kann er dies eben nicht tun, da verbergen sich seine wahren Gedanken und Absichten hinter seiner Alltagsmaske! Darum braucht man sich auch nicht darüber aufhalten, wenn gegenwärtig die Tanzsäle über die Konzertsäle mit klassischer Musik gekommen sind! Für die gegenwärtige kurze Karnevalszeit scheint der Spruch Paul Heyses als Motto erwählt:

„Vertanze muntern Herzens deine Last
Und übe fleißig dich im Lachen;
Wenn du an dir nicht Freude hast,
Die Welt wird dir nicht Freude machen."

von Stecken.

Kirchliche Nachrichten.

= **Freiburg.** Universitätsprofessor Prälat Dr. Krieg in Freiburg wurde vom Heiligen Vater zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt.

+ **Dinglingen.** Unsere neue katholische Kirche kam in den letzten Tagen vollständig unter Dach. Wenn man berücksichtigt, daß erst Mitte September v. J. mit den Grabarbeiten begonnen wurde, so ist dies ein überraschender Erfolg. Allerdings wurde die günstige Witterung auch gut ausgenützt und fleißig gearbeitet. Waren doch zeitweise — namentlich vor Eintritt des Winters — 76 Arbeiter daran beschäftigt. Nun kann der Bau austrocknen, bis etwa im Mai mit den Verputzarbeiten begonnen wird. Mögen dieselben ebenfalls gut und namentlich auch ohne Unfall ausgeführt werden, damit etwa im Oktober der erste katholische Gottesdienst gefeiert werden kann!

= **Wien.** Zum Nachfolger des Bischof Dr. Nagl, der von Triest als Weihbischof nach Wien geht, hat die österreichische Regierung Msgr. Lohninger, Direktor des österreichischen Nationalinstituts in Rom, in Vorschlag gebracht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Staatssekretär Delbrück: Es ist richtig, daß Militär herangezogen wurde. Die Landesbehörden sind dazu nach der Reichsverfassung unter Umständen berechtigt. In Hettstädt hatten bei Ansammlungen von Tausenden schwere Ausschreitungen stattgefunden. Die betreffenden preußischen Landräte hatten also vollständig im Einklange mit der Reichsverfassung gehandelt. Damit fällt auch die Behauptung, daß die Truppen herbeigerufen worden seien, um den Streikenden das Koalitionsrecht zu verkümmern. Die Polizeibehörden haben auch das Recht, sich bei solcher Sachlage des militärischen Beistandes zu versichern ohne Rücksicht auf die Ursache des Streikes. Es liegt also auch für den Reichskanzler keine Veranlassung vor, sich mit dem preußischen Minister des Innern ins Einvernehmen zu setzen. Ferner ist behauptet worden, die Offiziere und Beamten hätten Verstöße gegen die Gesetze begangen. In dieser Beziehung sind aber keinerlei Beschwerden den zuständigen Instanzen in Preußen, auch nicht dem Minister des Innern zugegangen. Ich stehe aber nicht an, zu erklären, daß ich alles heute vorgebrachte Material dem preußischen Minister des Innern zur Kenntnis bringen werde, damit er die erhobenen Vorwürfe prüfen und eventuell Remedur eintreten lassen kann. Die weitere Verhandlung darüber würde dann in das preußische Abgeordnetenhaus gehören. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Preußischer Kriegsminister von Heeringen: Die Militärbehörden haben, wenn sie gerufen werden, nicht das Recht, die Ursache des an sie ergangenen Rufes nachzuprüfen, sie haben vielmehr die Pflicht, dem Ruf zu folgen, mag es sich handeln um Feuers- oder Wassersgefahr oder um aufgehetzte Mitbürger. (Stürmischer Lärm links.) Das Militär muß einfach an Ort und Stelle gehen und seine Pflicht tun. Die Lage, die das Militär in Hettstädt vorfand, war allerdings nichts weniger als so harmlos, wie der Interpellant es schilderte. Am Tage vorher war von der Menschenmenge versucht worden, die Gendarmen nicht nur an die Wand zu drücken, sondern ihnen auch die Waffe zu entreißen. Wenn tatsächlich Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten worden sind, so lag das gerade an der Anwesenheit des Militärs. Unter lebhaften Widersprüchen von links (derenthalben Vizepräsident Hohenlohe die Abgeordneten Sachse und Hue wiederholt aufforderte, die fortwährenden Unterbrechungen zu unterlassen) geht dann der Kriegsminister noch auf die von Sachse vorgebrachten Einzelheiten näher ein. Die Verhaftungen seien in jedem Falle motiviert gewesen. Beschwerden über Verstöße von Offizieren seien überhaupt nicht an ihn gelangt. Er folgere daraus, daß der Tatbestand nicht so sei, wie Sachse ihn geschildert. Ich weiß wohl, so schließt der Minister, daß der Armee auf der Straße kein Lorbeer blüht, ebenso wissen wir auch, daß wir zu erscheinen haben, wenn wir gerufen werden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. (Stürmische Bravorufe und Zischen.)

Abg. Arendt (Rp.): Daß in Mansfeld kein Blut geflossen ist, danken wir der Polizei und dem rechtzeitigen Eingreifen des Militärs. Ohne dieses wäre sicher Blut geflossen. Sie (zu den Sozialdemokraten) sollten das Koalitionsrecht doch auch denen zugestehen, die anders denken als Sie selbst. Ein Eingriff in das Koalitionsrecht der Streikenden habe überhaupt nicht stattgefunden. Weiter stellt Redner in ausführlichen Darlegungen in Abrede, daß die Mißstände im Mansfelder Bergbau bei den Gewerkschaften derartige seien, wie Sachse sie geschildert habe.

Abg. Fleischner (Ztr.) weist die Sachsischen Vorwürfe zurück, als ob im Mansfeldischen die katholischen Bergleute Streikbrecherdienste geleistet hätten. Gerade die Sozialdemokraten hätten sich der Mißachtung des Koalitionsrechtes anderswo schuldig gemacht. Unser wirtschaftliches Leben steht nicht im Zeichen der Gewalt, sondern in dem der Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Pauli-Potsdam (kons.): Der Streik ist frivol vom Zaune gebrochen worden aus rein agitatorischen Gründen. Das ist gewissenlos. Das Militär hat sich durchaus taktvoll benommen.

Abg. Gothein (frs. Vg.): So vollkommen bin ich von den Ausführungen vom Bundesratstische und denen der Konservativen und der Zentrumsredner doch nicht davon überzeugt worden, daß ein so großer Apparat in Szene gesetzt werden mußte. Wir leiden an einem Zuviel an Aufgebot staatlichen Schutzes. Daß man den kommandierenden Offizier bei dem Hüttendirektor einquartierte, also bei einem Manne der Partei, das war schon eine Taktlosigkeit. Die Ursache des Streiks lag doch bei den Arbeitgebern wegen deren Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Die Bergherren wollen eben keinen organisierten Arbeiter, während doch beispielsweise die Buchdrucker mit der Tarif-Organisation ihrer Arbeiter gute Erfahrungen gemacht haben. Der Staatssekretär versicherte, es wären dem Minister des Innern gar keine Beschwerden zugegangen, aber ein Zwischenruf hat ihm schon geantwortet, daß die Beschwerden an den Regierungspräsidenten, als die zunächst zuständige Instanz gemacht sind. Wir werden jedenfalls jetzt dafür eintreten, daß die Rechte der Arbeiter auf Organisation gewahrt werden.

Abg. Vogel (natl.): Die Unzufriedenheit im Mansfeldischen ist jedenfalls künstlich genährt worden. Wie ich mich persönlich überzeugt habe, sind im Mansfeldischen die Löhne niedriger, das Koalitionsrecht der Arbeiter wird nicht geachtet und die Gendarmen sind entgegen der Darstellung Arendts durchaus nicht so schüchtern, daß das Militär hätte gerufen werden müssen. Redner wendet sich weiter namentlich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Arendt und Fleischer.

Abg. Kunert (Soz.) vertritt in längerer Rede nochmals den Standpunkt der Interpellation.

Damit schließt um 8 Uhr die Debatte.

Morgen 1 Uhr Handelsvertrag mit Bolivia und Interpellation der Freisinnigen über das Vereinsgesetz.

* * *

Der Senior-Konvent des Reichstages.

Berlin, 18. Jan. Der Senioren-Konvent des Reichstages versuchte heute, sich über eine Kontingentierung der Verhandlungen über den Etat des Reichsamts des Innern zu verständigen. Er wird dieserhalb noch einmal zusammentreten. Die neulich aufgeworfene Streitfrage über die Handhabung der Rednerliste bei der Besprechung von Interpellationen führte zu einer Verständigung dahin, daß jedenfalls die interpellierende Partei noch einmal zum Wort kommen soll.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar 1910.

⚠ **Die Windthorstbunde und der Augustinusverein.** Der Augustinusverein, der die Interessen der katholischen Presse, die politisch auf dem Boden des Zentrums steht und der ausschließlich politischen Zentrumspresse vertritt, beschäftigt sich bekanntlich seit seinem Bestehen nicht nur mit den Publikationen aus dem Zentrumslager selbst, sondern erörtert in seinen Versammlungen auch alle politischen Fragen, die im Vordergrunde des Interesses stehen. In der Generalversammlung des genannten Vereins vom 10. d. M. stand u. a. die vom Verlage der Windthorstbunde seit dem 1. Oktober 1909 herausgegebene politische Wochenzeitung „Das Zentrum" zur Diskussion; im Zusammenhang damit wurden in einem eingehenden Referate des Generalsekretärs der Windthorstbunde, des Herrn Dr. Scharmitzel, die neuere Entwickelung der Windthorstbunde und deren Ziele dargelegt. Die Aussprache, an der sich auch die Abgeordneten Justizrat Trimborn und Giesberts und Justizrat Dr. Jul. Bachem beteiligten, bewies deutlich, welch großes Interesse für die Windthorstbunde in der Partei und bei den Vertretern der Zentrumspresse besteht. Am Schluß der Versammlung, die einen schönen Erfolg für die aufblühenden Windthorstbunde bedeutet, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung des Augustinusvereins nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Verbandsleitung der Windthorstbunde behufs näherer Ausgestaltung des Verhältnisses der Bunde zur Parteiorganisation sich mit dem Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei in Verbindung gesetzt hat. Die Generalversammlung nimmt weiterhin gerne Kenntnis von den Erklärungen, welche der Generalsekretär der Windthorstbunde bezüglich der politischen Aufgaben der Windthorstbunde als unterstützendes, nicht als führendes Organ der Partei, sowie bezüglich der Intentionen der neuen, vom Verbande der Windthorstbunde herausgegebenen politischen Wochenzeitung „Das Zentrum" und ihrer Stellung zur übrigen Zentrumspresse gegeben hat."

Die hier genannte politische Wochenzeitung „Das Zentrum" hat sich bereits sehr gut eingeführt, so daß sie ein treffliches Mittel der politischen Schulung der Zentrumswählerschaft zu werden verspricht. Die Mitarbeiterliste umfaßt mehr als 70 Namen von bestem Klange (Parlamentarier, Gelehrte und Publizisten). Inhalt und literarische Form des Wochenblattes lassen es mit ähnlichen Organen auf gegnerischer Seite in erfolgreichen Wettbewerb treten. Als eine wertvolle Ergänzung zur Tageszeitung können wir das neue Parteiorgan warm empfehlen, zumal der Preis sehr niedrig ist. (70 Pfg. vierteljährlich frei ins Haus. Bestellungen sind bei der Post zu machen.)

= **Die Schiffahrtsabgaben.** Die von anderer Seite verbreitete Nachricht, daß das Königreich Sachsen in der Frage der Schiffahrtsabgaben umgefallen sei, ist durchaus unbegründet. Wenn ein gegnerischer Staat nach wie vor wankend ist und am ersten sich bereit finden lassen dürfte, auf die preußische Seite zu treten, so ist es Hessen. Im übrigen ist es nicht richtig, zu glauben, die Frage werde mit der Abstimmung im Bundesrat erledigt sein. Es kommen dann erst noch Verhandlungen mit den außerdeutschen Staaten an die Reihe, und allzuschnell und leicht werden diese sich nicht abwickeln.

? **Unerhörte Einmischung in katholische Angelegenheiten.** Einem Katholiken, dessen Ehe wegen gegenseitigen Verschuldens gerichtlich geschieden war, wurde von der Straßburger bischöflichen Behörde der Beschluß des geistlichen Ehegerichtes mitgeteilt, wonach den betr. Eheleuten die Trennung gestattet sei mit dem Hinzufügen, daß keine der Parteien sich bei Lebzeiten der andern wieder verheiraten könne, und daß der Ehemann sein Bedauern darüber aussprechen müsse, die Ehescheidung beantragt zu haben. Unter Einhaltung dieser Bedingungen könne er wieder zum Empfang der Sakramente zugelassen werden. Jedermann erkennt auf den ersten Blick, daß man es mit einer rein katholisch-kirchlichen Angelegenheit zu tun hat und daß es schon eine unerhörte Anmaßung ist, den Bescheid der bischöflichen Behörde in einer politischen Zeitung des Evangelischen Bundes abzudrucken. Aber der Evangelische Bund will sich auch erregen über „kirchliche Eingriffe in die Staatsgewalt", indem er sich auf § 76 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 beruft, wonach in streitigen Ehe- und Verlöbnissachen die bürgerlichen Gerichte ausschließlich zuständig seien. Dazu schreibt die „Germania": „Jawohl, für die äußeren, bürgerlich rechtlichen Folgen, aber vor dem Forum des Gewissens hat die Kirche den Katholiken auch noch etwas zu sagen, und wenn sie ihnen aus irgendwelchen Gründen kirchliche Strafen auferlegt, wie Verweigerung der Sakramente, so hat weder der Staat noch der Evangelische Bund ein Recht, sich hier hineinzumischen." In dieser Frage hat übrigens erst in voriger Woche der Herr Abg. Muser im bad. Landtag genau dieselben Grundsätze vertreten, wie hier der Evangelische Bund.

• **Der neue preußische Kriegsminister** General von Heeringen sprach gestern (Dienstag) zum erstenmal als Minister im Reichstag, anläßlich der Besprechung der Interpellation über die Vorgänge während des Streiks im Mansfelder Bergwerksrevier. Die „Frankfurter Zeitung" läßt sich über sein Auftreten schreiben: Als Minister ist er dem Reichstage neu, aus frühren Stellungen im Kriegsministerium aber auch parlamentarisch nicht unbekannt. Wie viele unserer hohen Militärs besitzt der große breitschultrige Herr, dank guten Nerven, eine natürliche Beredsamkeit, ist auch schlagfertig, nicht ohne Humor mitzulachen, wenn über eine seiner drastischen Wendungen gelacht wird. Er erinnert unter seinen Vorgängern am meisten an den zweiten Bronsart; in der Hauptsache aber nach seinem Auftreten, wie er so auf der Rednertribüne steht mit der Front gegen die Sozialdemokratie und in seinen sachlichen Darlegungen Soldat und brav! Das Politische kümmert ihn nicht, er freut sich bei seinem ersten Auftreten einen unberechtigten Angriff gegen die Armee abwehren zu können. Die hat ein Amt, aber keine Meinung, jedenfalls keine politische; das ist die Grundidee, die der Kriegsminister darlegt. Wir sind von der Zivilbehörde, die das Recht dazu hat, berufen worden; wir sind nicht berechtigt, nachzuprüfen, ob es notwendig war. Das Militär tut seine Pflicht, mag es sich um Wassers- oder Feuersnot handeln oder um drohende Unruhen, und daß die Kompagnien Maschinengewehre mitgenommen haben, ist kein besonderer Befehl, es gehört zu den feldmarschmäßigen Vorschriften. Sie durften sie so wenig zu Hause lassen wie die Gewehre oder die Reiterei etwa die Lanzen. Wir haben nicht in die Koalitionsfreiheit eingegriffen, damit haben wir überhaupt nichts zu tun.

Wie man hört, ist der neue Kriegsminister nichts als Soldat.

○ **Zum bayerischen Groß-Block.** In den letzten Tagen haben wiederholt liberale Abgeordnete in der Abgeordneten-Kammer die Gründung eines bayerischen Großblockes gegen das Zentrum angeregt. Vom Zentrum wurde gestern erklärt, man sehe einem Großblock kaltblütig entgegen, da er für das Zentrum nicht gefährlich werden könnte. Die freie Vereinigung lehnt die Teilnahme an einem Großblock ab, da sie nach ihrer Weltanschauung zum Zentrum gehöre. Die Sozialdemokraten sind eventuell bereit, in freiheitlichen Fragen mit den Liberalen zusammenzugehen.

Ausland.

Balkanstaaten.

= **Die Kretafrage.** Wie die Blätter melden, wird die Pforte in der nächsten Woche den Kreta-Schutzmächten ihre Antwort auf die Note vom 11. Dezember übersenden. Die Pforte werde auf der definitiven Lösung der Kretafrage im jetzigen Moment bestehen.

Türkei.

= **Der französisch-türkische Grenzkonflikt.** Der französische Botschafter in Konstantinopel hatte vorgestern eine längere Unterredung mit dem Minister des Aeußern wegen der tunesischen Grenz-Regulierung. In türkischen diplomatischen Kreisen hofft man eine friedliche Lösung zu finden auf der Grundlage des Präzedenzfalles von 1895. Zu dieser Zeit hatte nämlich ein gemischter Ausschuß, bestehend aus tunesischen Offizieren, assistiert von Franzosen, die Grenzregulierung begonnen. In Regierungskreisen verkennt man keineswegs die Schwierigkeit, welche die Frage der Grenzregulierung verursacht, denn die damalige Trassierung ist an zahlreichen Punkten beanstandet worden.

Spanien.

= **Die Situation für die Wahlen ist,** wie man der „Augsb. Postzeitung" aus Madrid schreibt, nun entschieden: Die Liberalen verbünden sich mit den Radikalen, Sozialisten und Republikanern, um am Ruder zu bleiben. Die Verhandlungen mit den Konservativen haben sich zerschlagen. Die Liberalen rechnen auf die Schädigung der Konservativen Mauras durch das Auftreten einer extremen Rechtspartei und die Abtretung eines konservativen Flügels unter Sanchez Toca, den sie überall gegen die Konservativen Mauras unterstützen wollen. Das Auftreten der extremen Rechtspartei hat in der Tat die Chancen der Konservativen, die auch noch den amtlichen Apparat gegen sich haben, beträchtliche verringert.

England.

Zu den englischen Wahlen wird dem deutschen Volksblatt geschrieben: Es ist außerordentlich schwierig zu sagen, welche Parteiparole am meisten eingeschlagen hat. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die liberalen Wahlredner sich immer mehr mit der Verteidigung des Freihandels, mit der Kritik gegen Tarifreformen und mit der Zurückweisung der Angaben über die deutsche Gefahr beschäftigen mußten. Daraus darf geschlossen werden, daß die liberalen Führer die Agitation der Konservativen für wirksam hielten. Der hervorstechendste Unterschied zwischen den beiden Parteien läßt sich vielleicht am besten durch folgenden Gedanken bezeichnen: Für die leitenden Geister der Konservativen besteht die größte Tatsache des zeitgenössischen Lebens im Aufstieg des Deutschen Reiches. Für die leitenden Köpfe der Radikalen besteht die größte Tatsache des zeitgenössischen Lebens in der Loslösung der organisierten Arbeiter vom Liberalismus und in der Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei. Welche der beiden Parteien hat bessere Aussichten auf Erfolg? Voraussagen sind schwierig. Jedoch dürften inbezug auf unsere Fragen folgende Erwägungen beachtenswert sein. Das Parlament, das aus den Januarwahlen des Jahres 1906 hervorgegangen war, hatte folgende Zusammensetzung: Liberale (Radikale) 399, selbständige Arbeitervertreter 30, Nationalisten (Iren) 83, konservative Unionisten 158; insgesamt 670. Gegenüber den Konservativen hatten die Liberalen eine Mehrheit von 241 Stimmen. In den meisten Fällen stimmten die Arbeiter und die Nationalisten mit der Regierung, die demgemäß auf eine Mehrheit von 353 Stimmen rechnen durfte. Im Laufe der letzten Legislaturperiode fanden eine Anzahl Nachwahlen statt, bei denen die Konservativen 12 Mandate, die Arbeiter und Sozialisten 3 Mandate den Liberalen abnahmen. Bei Auflösung des Parlaments zeigte das Unterhaus folgende Zusammensetzung: Liberale (Radikale) 384, selbständige Arbeitervertreter 32, unabhängiger Sozialist 1, Nationalisten (Iren) 83, Konservative (Unionisten) 168, unerledigte Nachwahlen 2; insgesamt 670. Die Konservativen müßten also 167 Mandate neu gewinnen und den ganzen Besitzstand halten, d. h. sich verdoppeln, wenn sie die Mehrheit erlangen sollten; das aber genügt noch nicht für die Führung der Geschäfte, sie müßten doch eine kleine Mehrheit von 25 Stimmen haben, d. h. also rund 200 Mandate neu gewinnen. Diese Zahl sagt, daß der Sieg der Konservativen so gut wie ausgeschlossen ist, wohl aber rechnet man mit einer Schwächung des liberalen Besitzstandes. Am Mittwoch wird mit den eigentlichen Grafschaftswahlen begonnen, die an diesem und den folgenden Tagen stattfinden werden. Am Donnerstag wird ungefähr die Hälfte der 670 Sitze des Unterhauses besetzt sein. Die letzte Wahl wird nach bisherigen Feststellungen am Montag, den 31. Januar, in der Grafschaft Cork (Irland) stattfinden.

London, 19. Jan. Bis heute früh halb 1 Uhr waren gewählt 120 Unionisten, 97 Liberale, 21 Vertreter der Arbeiterpartei, 28 Nationalisten. Die Gewinn- und Verlustziffer hat sich nicht verändert. Handelsminister Cecil, Unterrichtsminister Runciman, Generalpostmeister Burton, Generalstaatsanwalt Robson wurden wiedergewählt.

Asien.

⊙ **Rüstungen Japans und Chinas.** Neuerdings laufen in Petersburg wieder Meldungen über fortdauernde Rüstungen Japans und Chinas ein. Die chinesische Regierung soll beschlossen haben, außer in der Mandschurei auch in der Mongolei den Truppen-Bestand auf Kriegsstärke zu bringen und insbesondere die Grenztruppen zu verdoppeln.

Baden.

Karlsruhe, 19. Januar 1910.

Den „sehr leidenden" Herrn Abg. Muser und sein Auftreten betreffend.

Die Mannheimer „Volksstimme" hat in Nr. 15 vom 17. Januar folgendes gebracht:

„Eine unerhörte Gefühlsroheit

ließ sich am Freitag der von einem Geistlichen (!) geleitete „Badische Beobachter", das „Hauptorgan der badischen Zentrumspartei", gegen den Abg. Muser zu schulden kommen. Er schreibt in seinem Bericht über Musers Rede vom Donnerstag (in dem er natürlich gleichzeitig den Abg. Fehrenbach aus tausend Weihrauchfässern anräuchert) folgenden Satz:

„. . . Im übrigen wünschen wir dem Herrn gute Erholung auf dem Feldberg, denn sofortt nachdem er seine Rede zu Ende geführt hatte, verschwand er mit Sack und Pack und fuhr, wie man sich nachher erzählte, auf den Feldberg. Eine eigene Art des Abgeordneten für Offenburg, zuerst ungeheuerliche Anklagen zu häufen und nachher zu verschwinden! Die Offenburger tun nicht gut daran, einen solchen Abgeordneten ins Rondell zu senden, der so forsch ist im Angriff und dem sofort die Nerven versagen, wenn es an die Abrechnung gehen soll. Offenburg nimmt mit Bezug darauf eine Ausnahmestellung ein."

Muser ist sehr leidend und hat sich doch seiner Pflicht gestellt. Genau wie Herr Honsell, dem am Mittwoch der Zentrumsredner Zehnter darob seine tiefste Devotion bezeugte. „Kann es etwas Widerwärtigeres geben als diese nackte Brutalität der frommen Pächter der Gottes- und Menschenliebe?" — fragt mit Recht ob solch abstoßender Gefühlsroheit der „Bad. Beobachter"."

Als wir den Titel lasen:

„Eine unerhörte Gefühlsroheit",

sind wir fast erschrocken und fragten uns: Was ist da passiert? Der Umstand, daß am Schlusse offensichtlich aus Versehen irgend einer Seite der „Bad. Beob." zitiert ist, veranlaßte uns, im „Badischen Landesboten" nachzusehen. Und da fanden wir, daß das sozialdemokratische Blatt nicht blos den letzten Satz diesem Blatte entnommen hat, sondern die ganze Auslassung, ausgenommen den Titel und den ersten Satz. Das ist ein Stück journalistischer Ehrlichkeit seitens des Mannheimer Blattes.

Beiden Blättern sei gesagt, daß die Leistung als „ungeheuerlich" bezeichnet werden muß.

Zwischen dem Auftreten des Finanzministers Honsell und dem des Abgeordneten Muser besteht auch nicht ein Schimmer von Aehnlichkeit. Von dem, was der „Bad. Beob." zur Charakterisierung der Muser-Art geschrieben hat, braucht kein Wort zurückgenommen oder auch nur gemildert zu werden.

Muser hatte keinerlei Nötigung, überhaupt zu sprechen. Ohne die Wahrheit zu verletzen, kann man nicht sagen, er habe dabei „sich seiner Pflicht gestellt".

War er wirklich „sehr leidend", so war er sich selber und seiner Partei schuldig, die rednerische Vertretung der Partei einem anderen Herrn zu überlassen. Es fehlt ja der demokratischen Fraktion trotz der kleinen Zahl ihrer Mitglieder keineswegs an rednerischen Kräften.

War er wirklich „sehr leidend" und doch entschlossen als Redner aufzutreten, so war es im eigentlichen Sinn des Wortes seine „Pflicht", nicht so zu sprechen, wie er gesprochen hat. Diese „Pflicht" schuldete er dem Gegner. Einem „sehr leidenden" Herrn gegenüber ist naturgemäß jedermann bereit, die weitestgehende Rücksicht zu nehmen und alles zu vermeiden, was seinen „sehr leidenden" Zustand verschlimmern könnte. Das darf er aber nicht selber erschweren oder gar unmöglich machen.

Bekanntlich war Musers Rede äußerst provozierend: provozierend für die politischen Gegner in der Kammer, provozierend nicht weniger für die Kritik in der Presse. Sie hat auch nicht im entferntesten den Eindruck machen können, daß derjenige, der sie hielt, „sehr leidend" sei.

Es erscheint darum empörend über alles Maß, von „unerhörter Gefühlsroheit", von „nackter Brutalität" usw. zu sprechen, weil das Musersche Auftreten durchaus nach Gebühr gewürdigt worden ist.

▲ Nicht in den Kram

passen den Herrschaften des Großblocks offenbar die Aeußerungen, die der Abg. Dr. Schofer am letzten Freitag in der Kammer machte, denn sie schweigen sie vollständig tot. Nach dem großen Geschrei, das sie vorher monatelang verübten, hätte man annehmen müssen, die Erklärungen Dr. Schofers seien ihnen hochwillkommen. Doch dem scheint nicht so.

Man wird sich noch erinnern, wie vor allem die sozialdemokratische und die demokratische, aber auch die nationalliberale Presse auf den politischen Waldmichel von 1909, der sich mit der Reichsfinanzreform befaßte, zugehauen und als den unmaßlichen Verfasser den Abg. Dr. Schofer heruntergerissen haben. Der Abg. Muser, der nach Absolvierung seiner Probevorlesung über „Antiultramontanes" allerdings nicht „zu Schiff nach Frankreich", wohl aber per Bahn und Wagen wieder auf den Feldberg ging, hat sehr deutlich auch in der Kammer auf Dr. Schofer als Verfasser angespielt. Da war es nun eine arge Enttäuschung für die hohen Herren, von dem „Angeklagten" hören zu müssen:

„Der Herr Abg. Muser hat mich ebenfalls angegriffen. Er hat gegen das zweite Wahlflugblatt, den politischen Waldmichel von 1909, einige Sottisen gesagt und hat mit einer Handbewegung gegen mich, offenbar um damit auf den Autor hinzuweisen, an meine Adresse ähnliches gerichtet. Er hätte ohne weiteres, wenn er das Flugblatt gelesen und bis zum Schluß gelesen hätte, den Autor erkennen können, denn jedesmal stand sein Name darunter. Ich habe nicht eine einzige Zeile am Wahlflugblatt des Jahres 1909 geschrieben. Wenn ich das Flugblatt geschrieben hätte, brauchte ich mich deswegen nicht zu schämen, aber ich habe nicht daran geschrieben."

Also damit war's nichts, messieurs, deshalb auch so schweigsam. Wir verstehen! Verleumden ist stets leichter, als nachträglich das Unrecht gut machen.

Nicht mehr Glück hatte der Großblockführer Dr. Frank, der glaubte, Herrn Dr. Schofer mit der Behauptung der „Landeszeitung" anrempeln zu können, Schofer habe wahrheitswidrig die Vaterschaft des Waldmichels von 1905 in Abrede gestellt. Demgegenüber erklärte Dr. Schofer:

„Hinsichtlich dessen, was der Abg. Dr. Frank endlich über die Verfasserschaft des ersten „Waldmichels" gesagt hat, erkläre ich hier, daß ich nie und nirgends und zu keiner Zeit und keinem Menschen gegenüber die Autorschaft in Abrede gestellt habe. Es ist ein Lehrer von Großrindersfeld, der das behauptet hat, und nachdem er das verbreitet hat, habe ich einem Rechtsanwalt Auftrag gegeben, gegen diesen Zeugen der „Bad. Landeszeitung" vorzugehen."

Ist die „Bad. Landeszeitung" nun zufrieden? Offenbar, denn sie tut keinen Schnaufer über diesen Passus der Schoferschen Ausführungen. Der Herr Lehrer von Großrinderfeld wird nun ja vor dem Richter Gelegenheit haben, seine Behauptung zu beweisen. Hoffentlich erfahren auch die Gewährsmänner des nationalliberalen Blattes etwas vom Ausgang des Prozesses. Aber warum denn auf einmal so schweigsam?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Abg. Geck.

Der „Volksfreund" hat, wie bereits richtiggestellt, die Behauptung in die Welt gesetzt, Abg. Seubert habe in seinem Prozeß gegen Geck und Haberer einen Vertagungsantrag gestellt, der aber abgelehnt worden sei. Tatsächlich verhielt es sich aber umgekehrt. Geck hatte versucht, mit einem Vertagungsantrag die Sache auf die lange Bank zu schieben. Da er auf diesem Weg aber seinen Zweck nicht erreichte, ließ er sich am Montag schleunigst Urlaub geben für den Reichstag. Wie uns von der gestrigen Reichstagssitzung gemeldet wird, hat der Abg. Geck durch einen beschleunigten Antrag von dem ihm zustehenden Recht der Immunität Gebrauch gemacht. Der Prozeß Seubert contra Geck kann also einstweilen vertagt werden, bis der Reichstag seine Tore wieder schließt; aber nicht auf Verlangen Seuberts, sondern des Angeklagten Geck. Wir enthalten uns jedes weiteren Kommentars.

= **Karlsruhe,** 18. Jan. Die bad. Staatseisenbahnen vereinnahmten im Dezember 1909 nach geschätzter Feststellung 7 861 690 Mk., d. i. gegen die endgiltige Einnahme des Jahres 1908 ein Mehr von 313 582 Mk. Auf den Personenverkehr entfallen 1 949 350 Mk. (mehr 107 490 Mk.), auf den Güterverkehr 4 973 370 Mk. (mehr 398 874 Mk.) Von Januar bis mit Dezember betrugen die Einnahmen 99 360 560 Mk., d. s. gegen 1908 mehr 1 058 062 Mk.

⚒ **Rastatt,** 18. Jan. Bei der heutigen dahier stattgehabten Erneuerungswahl zum Gemeinderat siegte die Liste der vereinigten Liberalen, wie das liberale „Rastatter Tageblatt" besonders hervorhebt. Da im gegnerischen Lager die Parole ausgegeben war, es darf kein „Schwarzer" aufs Rathaus, so fanden die zwei Kandidaten des Zentrums bei den Blockbrüdern natürlich keine Gnade. Das heißt man Recht und Billigkeit bei den Liberalen, da wo sie das Regiment haben! Auf die beiden Zentrumskandidaten entfielen 32 und 29 Stimmen, ein Beweis, daß das Zentrum unter den 85 Bürgerausschußmitgliedern eine respektable Minderheit besitzt, die eine Berücksichtigung schon verdiente.

⊙ **Rastatt,** 18. Jan. Eine sozialdemokratische Parteikonferenz des 7., 8., 9. und 10. Reichstagswahlkreises sprach sich im Gegensatz zur Landeskonferenz für die Erhaltung des mittelbadischen Partei-Sekretariats aus.

Soziales.

= **Karlsruhe,** 18. Jan. Das Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag, das am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist, hat nicht nur die für alle Beteiligten wünschenswerte Rechtseinheit herbeigeführt, sondern auch in vielen Punkten für die Versicherten einen besonders günstigen Rechtszustand geschaffen. Hierher gehören die Bestimmungen des Gesetzes für den Fall, daß der Versicherte seine Prämie nicht am Fälligkeitstermin entrichtet. Während nämlich nach § 284 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Schuldner bei Nichtinnehaltung des Leistungstermines sofort in Verzug kommt, ist der Versicherungsnehmer in diesem Falle ausnahmsweise günstig gestellt, indem für ihn der Verzug mit den in den Versicherungs-Bedingungen genannten Folgen nicht ohne weiteres eintritt, sondern erst nach einer Mahnung in eingeschriebenem Brief und dem Ablauf der darin erteilten zweiwöchigen Zahlungsfrist. Und diese Mahnung erfolgt erst nach der gewöhnlichen Zahlungsaufforderung durch den Inkassovertreter der Gesellschaft. Wenn also säumige Prämienschuldner demnächst von ihrer Versicherungsgesellschaft einen solchen eingeschriebenen Brief erhalten, so mögen sie sich, anstatt über die Gesellschaft Klage zu führen, daran erinnern, daß dieser die Mahnungen im eigenen Interesse der Versicherten vom Gesetz auferlegt sind.

Kleine badische Chronik.

a **Mannheim,** 18. Jan. Am kommenden Sonntag findet hier der 5. Verbandstag des Verbandes der Büro-, Kanzlei- und Rechnungsbeamten der Badischen Staatsbahnen statt. Der Verband zählte am 1. Januar d. J. in 13 Bezirksvereinen, deren Sitz sich in Karlsruhe, Mannheim, Offenburg, Basel, Heidelberg, Neckarelz, Bruchsal, Freiburg, Villingen, Waldshut, Konstanz, Oberbach und Pforzheim befindet, 554 Mitglieder, d. s. 69 mehr wie im Vorjahr. Die stärksten Vereine sind in Karlsruhe mit 147 und Mannheim mit 117 Mitgliedern.

⊙ **Mannheim,** 18. Jan. Die süddeutschen Industriellen sind künftig in zwei Verbänden organisiert: Verband südwestdeutscher Industrieller (Baden, Rheinpfalz, Rheinhessen und Elsaß-Lothringen), Sitz Mannheim, Verband württembergischer Industrieller (Württemberg und Hohenzollern), Sitz Stuttgart.

○ **Heidelberg,** 18. Jan. Die Gesamtsumme der umlagepflichtigen Steuerwerte und Anschläge hiesiger Stadt beläuft sich auf 616 194 920 Mk. und deren Gesamtvermehrung gegenüber dem Vorjahre auf 27 986 370 Mk.

♁ **Pforzheim,** 18. Jan. Im Jahre 1909 wurden bei der städtischen Sparkasse insgesamt eingelegt 6 813 876 Mark, zurückerhoben 5 572 929 Mk.

+ **Baden-Baden,** 18 Jan. Eine Mutterschaftskasse nach dem Vorbild der Karlsruhe Kasse soll auch in nächster Zeit in unserer Stadt eröffnet werden.

+ **St. Georgen i. Schw.,** 18. Jan. Herr Photograph Schultheiß hier photographiert die Schwarzwaldbahn von Hornberg bis Sommerau, bezw. St. Georgen in ihren interessantesten Partien. Bereits sind 70 Aufnahmen hergestellt. Dieselben werden dann zu einem Lichtbildervortrag mit entsprechendem Texte zusammengestellt. Die nicht leichten Arbeiten nehmen über ein Jahr Zeit in Anspruch. Herr Schultheiß hat die Gutheißung der Eisenbahnbehörde zu seinem Unternehmen. Er erwirbt sich aber auch den Dank und die Anerkennung weiter Kreise. Die Schwarzwaldbahn, das kühne Werk des genialen Karlsruher Ingenieurs Gerwig, ist vielen noch zu wenig bekannt, selbst solchen, die sie schon wiederholt gefahren sind.

gg. **Von der Schwarzwaldbahn,** 18. Januar. In Villingen wirds lebendig; denn die Stadt genießt von jeher den Ruf einer Narrenstadt, namentlich nur vor und während der Fastnachtszeit. Dieses Jahr kommt etwas ganz ausgezeichnetes zur Aufführung: Das deutsche Volkslied im Bilde. Herr Brauereibesitzer Schilling hat bereits das Projekt ausgearbeitet; es enthält 25 Darstellungen. Für die einzelnen Gruppen hat sich schon eine Anzahl Vereine gemeldet. Wenn die Villinger etwas derartiges machen, dann hat es Hand und Fuß, nicht leicht macht man es ihnen nach. (Das ist richtig. In der Baar überhaupt gedeiht der richtige Fastnachtshumor besser als anderswo, abgesehen von der Seegegend, wo man auch noch richtig „närrisch" zu sein versteht. Selbst kleine Orte legen dort oft ihrer Fastnachtsfeier eine gute Idee zugrunde, die man an der Fastnachtsfeier unserer großen Städte fast durchweg vermißt.)

Lokales.

Karlsruhe, 19. Januar 1910.

⌂ **Im Befinden des Finanzministers Honsell** ist leider keine Besserung eingetreten. Zurzeit ist er so schwach, daß er nicht einmal Besuche empfangen kann. Am Samstag besuchte der Großherzog die Gattin des Leidenden. Den Minister selbst konnte der Großherzog nicht sprechen.

= **Kathol. Arbeiterverein der Weststadt.** Am Donnerstag, 20. Januar, abends halb 9 Uhr findet die erste Vereinsversammlung im neuen Jahr in der Goethehalle statt. Als Referent wurde Landtagsabg. Dr. Schofer gewonnen; auch der Diözesansekretär Abg. Reinhard hat sein Erscheinen zugesagt. Es steht also ein sehr interessanter Abend bevor.

△ **Bach-Verein.** Der Verlauf der gestrigen Hauptprobe zu Händels „Susanna" (Aufführung im Eintrachtssaale Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr), der ein zahlreich erschienenes Publikum lauten Beifall spendete, hat aufs neue ergeben, wie verständnisvoll und wirksam der Dirigent, Hofkirchenmusikdirektor Max Brauer — nach dem Urteil erster Kenner einer der hervorragendsten Händel-Interpreten Deutschlands — die Händelschen Chorwerke wiederzugeben weiß; die so hervorragenden künstlerischen Leistungen aller Mitwirkenden lassen eine vorzügliche Aufführung des herrlichen Werkes erwarten.

= **Die bad. Beamten-Altpensionäre.** Man schreibt uns: In den Kreisen der bad. Beamten-Altpensionäre, d. h. derjenigen inaktiven Beamten, die vor dem 1. Juli 1908, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle zum Beamtengesetz, sich bereits im Ruhestand befanden, hat neuerdings eine lebhafte Bewegung zum Zwecke der allgemeinen Aufbesserung ihrer Ruhegehälter eingesetzt. Die Altpensionäre sind von den weitgehenden Verbesserungen, die das neue Gesetz den aktiven Beamten nicht nur hinsichtlich ihrer Gehaltsbezüge, sondern auch ihrer Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung brachte, vollständig ausgeschlossen und man hat die Genannten, da die Regierung eine andere Regelung ablehnte, auf den Unterstützungsweg im Bedürfnisfall verwiesen.

Dieser Weg, in Verbindung mit den hierzu erlassenen rigorosen Vollzugsvorschriften hat unter den Altpensionären mit Recht eine tiefgehende Verstimmung hervorgerufen und in ihnen von neuem die Ueberzeugung befestigt, daß nur durch anderweitige gesetzliche Bestimmungen in obengedachtem Sinne ihren anerkannt berechtigten Ansprüchen Rechnung getragen werden kann. In anderen Staaten ist dies aus Anlaß der Besserstellung der aktiven Beamten zum Teil schon geschehen —, so in Sachsen und Sachsen-Weimar —, zum Teil — so im Reiche, in Preußen und Bayern — haben sich ausgedehnte Organisationen der Altpensionäre gebildet, die u. a. durch ein eigenes Blatt, die in Berlin erscheinende „Allgemeine deutsche Pensionärzeitung", mit großer Entschiedenheit ihrer Interessen verfolgen.

Es erscheint nun dringend notwendig, daß alle Altpensioäre ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Verhältnisse sich diesem Schritte anschließen, denn nur so kann, worauf es vor allem ankommt, zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich um einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit handelt, durch welchen den alten und invaliden Beamten ihr Anteil an der allgemeinen staatlichen Beamtenfürsorge in würdigerer Weise, als bis jetzt seitens der Regierung geschehen, zukommen soll. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß in Freiburg i. Br. bereits Altpensionäre aus verschiedenen Rangstufen zusammengetreten sind, um in der Sache tatkräftig vorzugehen. Auch in Karlsruhe soll nun nicht weiter gezögert werden, die Altpensionäre in Kenntnis zu setzen, daß sie sich für diese ihre eigene Angelegenheit interessieren und sich zusammenschließen, da anders der Zweck nicht erreicht werden kann. Auch hier heißt es: „Einigkeit macht stark". Auskunft erteilen gerne die Herren: Hofrat a. D. Gustiv Specht, Hirschstraße 62, 3. Stock, Gerichtsnotar a. D. Karl Stricker, Wielandtstraße 2, 2. Stock, Rechnungsrat a. D. Ph. Vollhardt, Hirschstraße 61, 1. Stock, Schaffner a. D. Wilhelm Scherer, Wilhelmstraße 46, 3. Stock, Zugmeister a. D. Julius Büche, Augartenstr. 67, 3. Stock.

♂ **Fußball-Klub Phönix.** Das von dem Fußballklub „Phönix", Deutscher Meister, am letzten Samstag im kleinen Festhallesaal veranstaltete Winterfest hatte alle Mitglieder und Freunde zahlreich zusammengerufen. Der Abend verlief in der anregendsten Weise und hinterließ bei den Teilnehmern eine fröhliche Erinnerung mehr. Herr Meißner nahm mit seinem schönen Tenor gar schnell die Herzen der Zuhörer gefangen, und als Frau Meißner mit lieblicher Stimme ihre Sopransoli zum besten gegeben hatte, wollte der Beifall kein Ende nehmen. Das liederreiche Sängerpaar zeigte seine Kunst noch im Duett und wußte durch sein neckisches Lied die Stimmung in fidele Bahnen zu lenken. Fräulein Dora Wegele begleitete mit feinem künstlerischen Empfinden die beiden Sänger. Herr Adolf Heller verschönte den Abend mit seinen Cellovorträgen und mußte, dem Drängen des starken Beifalls nachgebend, zu einer Zugabe sich verstehen. Herr Lenz am Flügel führte die Begleitung in verständnisinniger Weise durch. Ein Quartett der 1. Karlsruher Mandolinengesellschaft verband mit guter Schulung tüchtiges Können in seinen Vorträgen. Die Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Den unterhaltenden Teil beschloß Herr Kunstmaler Firnrohr durch seine heiteren Dichtungen. Die Erzählung seiner Luftreise an Hand von Bildern setzte der Fröhlichkeit die Krone auf, sie erwarben dem Sänger weitere Sympathien. Ein Ball folgte, der noch eine Fortsetzung über die üblichen Morgenstunden gefunden haben soll. Doch etwas zuviel des Guten!

←■ **„Damenturnen".** Der von der Turngesellschaft am vergangenen Montag in der Turnhalle der Schillerschule veranstaltete Besichtigungsabend hatte sich eines sehr zahlreichen, ausschließlich aus Damen bestehenden Besuches zu erfreuen. Nachdem mit turnerischer Pünktlichkeit um halb 9 Uhr die stattliche Zahl der Turnerinnen in ihren kleidsamen und praktischen Turnanzügen unter Leitung des Turnwarts Schwankert angetreten war, eröffnete der Vorstand des Vereins, Stadtsekretär Brüstle, den Abend mit einer kurzen Ansprache, in welcher er den Damen den Willkommgruß entbot und in leichtverständlicher Weise die wohltätigen Wirkungen und gesundheitlichen Vorteile eines planmäßigen Turnbetriebes erläuterte. Von der Vorführung besonders schwieriger, von langer Hand vorbereiteter Uebungen war abgesehen worden; es sollte den Damen lediglich ein Turnabend gezeigt werden, wie er sich allwöchentlich Montags abwickelt, frei und ungezwungen, bei dem jung und alt zu ernster turnerischer Arbeit, aber auch zu frohem Spiel sich vereinigt, um nach des Tages Last und Mühen neue Lust und Lebensfreude zu holen. Dieser Zweck wurde auch vollkommen erreicht; voll Anmut und Akuratesse kamen die vielseitigsten Ordnungs-, Keulen-, Frei- und Geräteübungen zur Vorführung und die elastische, jugendlich-kraftvolle Haltung der Turnerinnen erntete uneingeschränktes Lob. Dieser Abend bewies wieder aufs neue, ein wie vorzügliches Mittel die Turnerei ist zur Erlangung und Erhaltung von Gesundheit, Kraft und Schönheit.

= **Elisabeth Gutzmann—Liederabend.** Frl. Elisabeth Gutzmann, welche am Montag, den 24. d. M., einen Liederabend im Museumssaale veranstaltet, ist durch ihre schöne frische Stimme bei hervorragender Gesangskunst hier wohlbekannt. Es erübrigt daher nur, auf das Programm hinzuweisen, welches Meisterlieder von Brahms, Schubert, Franz, Cornelius bringt. Ganz besonders dürften die Brautlieder von Cornelius interessieren, welche schon lange nicht mehr im Konzertsaal gehört wurden und worüber Preßstimmen vorliegen, daß es der Sängerin in hohem Maße gegeben sei, den Zauber dieser Lieder zu entfalten. Unser hochgeschätzter Herr Professor Petzet wird den Klavierpart ausführen und gleichzeitig im Verein mit Herrn Heß, erster Konzertmeister aus Frankfurt (Violine) die große Sonate von Brahms in A-dur spielen. Alles in allem dürfte dieses abwechslungsreiche und interessante Konzert in musikalischen Kreisen viel Interesse finden. Anfang 8 Uhr abends.

+ **Tötlicher Unglücksfall.** Im Hause Waldstr. 26 stürzte das 20 Jahre alte Dienstmädchen Katharina Hill von Gaggenau durch den Treppengang 5 Stockwerke herab und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß alsbald nach der Einbringung ins Krankenhaus der Tod eintrat.

△ **Von der Straßenbahn überfahren.** Am Montag nachmittags 5 Uhr kam ein 5 Jahrer alter Junge, Sohn eines hiesigen Mechanikers, in der Schillerstraße, als er kurz vor Herannahen eines Straßenbahnwagens über die Straße springen wollte, unter diesen Wagen und erlitt einen Oberschenkelbruch an einem Fuß und am anderen sehr starke Quetschungen. Mittels Automobilkrankenwagens wurde das Kind in das städtische Krankenhaus verbracht. Lebensgefahr soll nicht bestehen. Den Wagenführer soll keine Schuld treffen.

= **Festgenommen** wurden: ein 20 Jahre alter Chauffeur von hier, der vom Amtsgericht Neuenbürg behufs Strafvollzugs verfolgt wird; ein 36 Jahre alter Musiker aus Dohndorf, weil er sich in der Nacht zum 17. d. unbefugterweise im Wartsaal 2. Klasse des hiesigen Hauptbahnhofes aufhielt und der Aufforderung zuständiger Beamten, den Raum zu verlassen, nicht nur keine Folge leistete, sondern sie auch tätlich angriff; ein 43 Jahre alter Schlosser aus Auerbach, der seinem Arbeitgeber Werkzeug und Material stahl und, als er befürchten mußte, angezeigt zu werden, das Gestohlene im Walde verlochte; ein 34 Jahre alter Militär-Invalide aus Haigerloch wegen Verbrechens gegen § 176 Ziff. 3 des R.-St.-G.-B.; ein 32 Jahre alter verheirateter Taglöhner aus Tiefenbronn, der sich einem Dienstmädchen gegenüber unter falschem Namen als ledig ausgab, ihm das Heiraten versprach und ihm aufgrund dessen etwa 270 Mk. abschwindelte.

Vermischte Nachrichten.

Explosion in einer Pulverfabrik.

Weimar, 19. Jan. In der Fabrik für Explosions-Signale für Eisenbahn, Militär und Marine von Gustav Seuthe in Hetschburg an der Ilm ereignete sich eine schwere Explosion. Das Unglück geschah in einem Schuppen, der zum Verladen der Brandstoffe diente. Der Explosion sind drei Personen zum Opfer gefallen, drei jugendliche Arbeiterinnen, von denen zwei bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt sind. Außerdem ist noch eine große Anzahl von Personen verletzt worden. Eine der verwundeten Arbeiterinnen soll bei der Füllung der Brandkörper durch Unvorsichtigkeit die Explosion verschuldet haben. Die Fabrik ist vollkommen lahm gelegt. Der Schaden beläuft sich nach vorläufigen Schätzungen auf 10 000 Mk. Es handelt sich bei der Fabrik um einen kleinen Betrieb, in dem nur zwei männliche und 16 weibliche Arbeiter beschäftigt waren.

Ein doppeltes Unglück.

Essen (Ruhr), 18. Jan. Am Martinsberg 6 der Firma Krupp wurde bei Reparaturarbeiten an der elektrischen Leitung versehentlich der Strom für eine noch in Reparatur befindliche Strecke, an welcher der Schlosser Wallrich arbeitete, eingeschaltet. Wallrich wurde sofort getötet. Als die zur Untersuchung des Unfalles herbeigeholte Polizeikommission beim Herabsteigen eine Betondecke betrat, brach diese ein. Drei Personen, darunter ein Schutzmann und ein Heilgehilfe, stürzten 4½ Meter in die Tiefe und wurden schwer verletzt.

Anderthalb Millionen unterschlagen.

Hamburg, 19. Jan. Auf Requisition des Hamburger Untersuchungsrichters beim Landgericht II ist gestern in Schönberg der Kaufmann Wilhelm Bintz verhaftet worden. Er wird beschuldigt, eine Hamburger Großfirma um anderthalb Millionen betrogen zu haben. Der Verhaftete war bis vor etwa 2 Jahren in Oldesloe Inhaber einer Fleisch-Konserven-Fabrik. Diese wurde aber s. Z. geschlossen, weil Bintz nachgewiesen wurde, daß er verdorbenes Fleisch verwendet hatte. Bintz ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Er steht im Alter von 33 Jahren und entstammt einer angesehenen Hamburger Gelehrten-Familie.

Von Wölfen überfallen.

Budapest, 18. Jan. Wie aus Lengyelfalva gemeldet wird, wurde der 70jährige Baron Otto Orban während eines Spazierrittes im Walde von Wölfen überfallen. Als das Pferd die Wölfe gewahrte, scheute es und warf den Reiter ab. Baron Orban gab zwar mehrere Schüsse auf die in mehreren Rudeln über ihn herfallenden Wölfe ab, doch gelang es ihm nicht, sich zu retten.

Ein frecher Raubanfall.

Paris, 18. Jan. Der „New-York Herald" meldet aus Monte Carlo: Ein frecher Straßenraub wurde gestern am hellen Tage verübt. Während die Prinzessin Duleep Singh von einem Spaziergange nach ihrem Hotel zurückkehrte und in die Allee von Monte Christo einbog, trat ihr plötzlich in dieser Allee ein gut gekleideter junger Mann entgegen, der ihr goldenes Geldtäschchen raubte. In dem Täschchen befand sich ein Tausend Francs-Schein, 10 Hundert Francs-Scheine und 500 Frcs. in Gold. Ehe die Prinzessin sich versah, war der Räuber mit seiner Beute im Gebüsch verschwunden. Auf die Hilferufe der Prinzessin kamen einige in der Nähe weilende Arbeiter hinzu, die den Räuber sofort verfolgten, jedoch ohne Erfolg.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Petersburg, 18. Jan. Entgegen allen in der Presse des Auslandes erschienenen Nachrichten über eine Erkrankung der Kaiserin ist auf eine Anfrage an zuständiger Stelle die Erklärung abgegeben worden, daß der Gesundheitszustand der Kaiserin gegenwärtig völlig befriedigend sei. Ebenso erklärt dieselbe maßgebende Seite, daß alle Gerüchte von einer ernsten Erkrankung des Thronfolgers unbegründet seien. Der Thronfolger habe sich beim Spielen eine leichte Kontusion des Beines zugezogen, der aber ärztlicherseits keine Bedeutung beigemessen werde.

Das Fest des Schwarzen Adlerordens.

Berlin, 18. Jan. Heute mittag wurde im Königl. Schloß das Fest des Ordens des Schwarzen Adlers gefeiert, indem der Kaiser als Souverän und Oberhaupt des Ordens mit den anwesenden kapitelfähigen Rittern einen Aufnahmeakt vornahm und ein Kapitel abhielt.

Herr von Kröcher reist nach dem Süden.

Berlin, 17. Jan. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, von Kröcher, wird sich Ende des Monats zu einer Kur nach dem Süden und zwar zunächst nach Bordighera begeben, um sich von den Folgen einer Fischvergiftung zu erholen.

Freiherr von Rechenberg in Berlin.

Berlin, 18. Jan. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Rechenberg, ist heute in Berlin eingetroffen und hatte bereits eine Konferenz im Reichs-Kolonialamt.

Zurückgezogene Entschädigungsklagen.

Kiel, 19. Jan. Die Kieler Werft-Verwaltung hat die Zivilklage auf Entschädigung, die sie gegen die Angeklagten im Werft-Prozeß beim Landgericht Kiel anhängig gemacht hatte, nunmehr zurückgezogen. Sollte die Nachricht sich bestätigen, so würde das in merkwürdigem Gegensatz stehen zu dem Nachdruck, womit Assessor Friedrich in seiner Zeugen-Aussage erklärt hatte, daß er ganz zuverlässig einen Erfolg dieser Klagen erhoffe.

Abhandengekommenes Gewehr.

München, 18. Januar. Aus der Kaserne des 1. Infanterie-Regiments wurde ein Gewehr Modell 98 mit neuer Ladevorrichtung gestohlen. Ob es sich um einen gewöhnlichen Diebstahl oder um eine Tat mit politischem Hintergrunde handelt, ist noch nicht ermittelt.

Aufsehenerregende Verabschiedung.

Petersburg, 18. Jan. Admiral Abaza, der aus der Affäre der Konzessionen am Jalu her bekannte Admiral, hat gestern plötzlich seinen Abschied erhalten. Die Nachricht davon erregt großes Aufsehen in der Petersburger Gesellschaft.

Präsident Taft.

Washington, 19. Jan. Nach einer Proklamation des Präsidenten Taft gehört Deutschland zur Zeit nicht zu den Ländern, die Anspruch auf die Mindestsätze des amerikanischen Payne-Tarifs haben.

Wetterbericht des Zentralbur. für Meteorol. und Hydrogr. vom 19. Januar 1910.

Während hoher Druck noch im Südwesten Europas lagert, wird das Nord- und Ostseegebiet von niedrigem Druck bedeckt, der Minima über Nordschottland, Südnorwegen und Ostpreußen aufweist. Das Wetter ist in Deutschland meist trüb, zu Regen- und Schneefällen geneigt und fast überall etwas kälter als gestern. Da das Orisbarometer rasch steigt, so scheint sich der hohe Druck von Südwesten her binnenwärts auszubreiten, es ist deshalb veränderliches und etwas kälteres Wetter, vorerst noch mit zeitweisen Niederschlägen zu erwarten.

Wasserstand des Rheines vom 19. Januar 1910.

Schusterinsel 2.70, gesteigen 80. **Kehl** 2.52 gestiegen 16, **Maxau** 4.54, gestiegen 19. **Mannheim** 3.81, gefallen 2.

Tages-Kalender.

Mittwoch, den 19. Januar.

Kath. Jünglingsverein St. Peter u. Paul (K.-Mühlburg). 8—½10 Uhr Leseabend im Lokal (Kaiserallee 151, Nebenzimmer).
Kath. Männerverein St. Stefan. Halb 9 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag im Goldenen Adler.
Bachverein. 8 Uhr 16. Konzert in der Eintracht.
Apollotheater. 8 Uhr Vorstellung.
Kolosseum. 8 Uhr Vorstellung.
Residenztheater. Vorstellung.

COLLIGITE FRAGMENTA.

Sammelt für arme Knaben, die Beruf zum Priesterstande zeigen, gebrauchte Briefmarken, außer Kurs gesetzte und fremde Münzen, Chocolade-Papier, Flaschenkapseln, Gegenstände von Blei, Zinn, Kupfer und andern Metallen, und schicket dieselben an den Hochw. Hrn. Direktor des Missionshauses Bethlehem, Bureau St. Ludwig, Elsaß. Schöne religiöse Andenken werden gegeben.

Gesinnungsgenossen! Gedenket Eurer Presse! Bestellt den Badischen Beobachter!

Reparatur-Werkstätte
für
Fahrräder, Nähmaschinen u. Grammophone aller Art.
Schnelle und billige Bedienung.
Adolf Böttcher,
Büchsenmacher und Feinmechaniker
Karlsruhe
44 Markgrafenstrasse 44.
NB. Die Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und gebracht.

Perf. Damenschneiderin
nimmt noch Kunden an, in und außer dem Hause. Garantie für feinsten Sitz. Billigste Berechnung.
Bachstraße 60, III.

Katholischer Männerverein Constantia.
Unser diesjähriges
Kostüm-Kränzchen
findet am nächsten Sonntag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im oberen Saale des Café Nowack statt, wozu die verehrlichen Mitglieder mit Familienangehörigen freundlichst eingeladen sind.
Der Vorstand.

Zuschneide-Zeichenkursus,
nach einer neueingeführten, wesentlich vereinfachten, akademisch patentierten Methode, nach welcher die Damen in mindestens 8 Tagen das Musterzeichnen vollständig erlernen können.
Praktischer Nähkurs, bestehend im Anfertigen der Garderobe wird extra erteilt. Eintritt zu jeder Zeit.
Beste Referenzen zu Diensten. Schnitte werden nach Maß verkauft.
Johanna Weber,
Privat-Zuschneide-Schule,
Herrenstraße 33.

Masken-Kostüme
jeder Art, für Damen, Herren und Kinder, werden nach Maß angefertigt sowohl zu Eigentum, als auch gegen billigen Leihpreis.
Ferner empfehle mich zum Zuschneiden, teilweiser Anfertigung. Besticken und Bemalen von Kostümen.
Verleihgeschäft für Theaterdekorationen und Kostümen
Sebastian Münch,
Karlsruhe, Schillerstraße 33, und Laden Amalienstraße 59.

S. MODEL

Hoflieferant
Karlsruhe i. B.

Inventur-Räumungsverkauf

Um mit den Restbeständen meines
Inventur-Ausverkaufs
schnellstens zu räumen, bewillige ich von
Donnerstag, den 20. an
auf die überaus billigen Inventur-Preise
Extra-Rabatt 10 %
in bar oder Marken.

Von Donnerstag, den 20. an
— Lichthof — II. Stock —

Ausserordentlich preiswert
Passementrie und Spitzen
Die Preise für diese Artikel sind „netto".

Restbestände der **Kleiderstoffe Seidenstoffe** etc. **10 %** Extra-Rabatt

Restbestände der **Damen- und Kinder-Confection** **10 %** Extra-Rabatt

Restbestände der **Weisswaren** **20 %** Rabatt

K. W. Landgericht Ravensburg.

Zur Zeit treibt sich im württ. Oberland, im württ. und badischen Schwarzwald ein Schwindler umher, der hauptsächlich in Klöstern und Pfarrhäusern unter Vorzeigen von anscheinend amtlichen, jedoch gefälschten Papieren für die darin genannten, angeblich durch Brandschaden in Not geratenen Personen Unterstützungen zu erschwindeln sucht. Der Schwindler ist vermutlich identisch mit dem steckbrieflich verfolgten Taglöhner Matthäus Lachenmaier von Salgen, bayer. Bez.-A. Mindelheim.

Anzeige oder sachdienliche Mitteilungen erbeten an die nächste Landjägerstelle, bei der die Fotografie des Lachenmaier im Deutschen Fahndungsblatt vom 24. Dezember 1909 unter Stück Nr. 3274 eingesehen und dadurch die Ueberführung und Festnahme des Täters bewirkt werden kann.

Den 17. Januar 1910.

Untersuchungsrichter II:
Amtsrichter Esche.

Bekanntmachung.

Den automobilen Krankenwagen betr.

Der automobile städtische Krankenwagen steht zur Tag- und Nachtzeit zum Transport Erkrankter (mit Ausnahme der an einer ansteckenden Krankheit Leidenden) und Verunglückter an jeden beliebigen Ort innerhalb der Gemarkung Karlsruhe zur Verfügung. Transporte von und nach auswärts werden nur ausnahmsweise mit besonderer Genehmigung der Krankenhausdirektion ausgeführt.

Der Wagen wird von einem Fahrer und Feuerwehrmann begleitet, welche im Sanitätsdienst ausgebildet sind. Der Wagen ist mit 2 Tragbahren und dem nötigen Verbandzeug ausgerüstet, sowie mit Wolldecken und Tüchern versehen.

Wer den Wagen herbeizurufen wünscht, wende sich telephonisch oder schriftlich **an die Telephonzentrale im Rathause.** Genaue Angaben über die Zahl der zu befördernden Personen, über die Art der Erkrankung oder Verletzung und über den Ort, wohin der Wagen geschickt werden soll, sind dringend erforderlich. Die **Gebühr** für Ueberführung innerhalb des Stadtgebietes (einschließlich der Vororte) beträgt **5 Mark.**

Bei gleichzeitigem Transport mehrerer kranker oder verletzter Personen für einen und denselben Zahlungspflichtigen wird für die erste Person die volle Gebühr, für jede weitere Person die Hälfte der Gebühr berechnet.

Wird auf die Benützung des Wagens, nachdem er seine Unterkunft verlassen hat, verzichtet, so ist trotzdem die Gebühr zu zahlen.

Für ausnahmsweise ausgeführte Transporte nach auswärts werden die Gebühren in jedem Falle besonders festgesetzt.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß auch künftighin die Sanitätskolonne des Männerhilfsvereins vom Roten Kreuz alle Transporte Erkrankter und Verletzter besorgt.

Es steht dem Besteller, soweit es sich nicht um ansteckend Erkrankte handelt, frei, zu bestimmen, ob der Transport mittelst des städtischen Automobils oder durch die Sanitätskolonne erfolgen soll. Auch zum Anrufen der letzteren kann die Telephonzentrale des Rathauses benützt werden.

Karlsruhe, den 27. Dezember 1909.

Der Stadtrat:
Dr. Paul.

Verein Volksbildung Karlsruhe, e. V.

Einladung

zu der **Freitag, den 21. Januar 1910, abends 9¼ Uhr,** im **Hörsaal des Chemischen Instituts der Techn. Hochschule** (Eingang Schulstraße) stattfindenden

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Erstattung des Jahresberichts.
Ablegung der Jahresrechnung und Entlastung des Schatzmeisters.
Genehmigung des Voranschlages.
Daran anschließend findet die **Ausschußsitzung** statt.

Katholischer Frauen-Bund.

KFB

Einladung

zu dem am **Donnerstag, 20. Januar 1910, abends ½9 Uhr,** im Saale der **„Eintracht"** stattfindenden

Vortrag mit Lichtbildern

des hochwürdigen Herrn Paters **H. Baumann** aus der Gesellschaft der „Weißen Väter von Afrika" über

„Kulturarbeit der kath. Kirche in Inner-Afrika".

Eintritt **20 Pfg.** Numerierter Platz **1 Mk.** — Vorverkauf bei Dorer und Dobler.

Jedermann herzlich willkommen. Der Reinertrag ist für die kath. Missionen bestimmt.

Der Vorstand.

Der Frauen-Vinzenzius-Verein

ist vom **1. Februar ds. Js.** ab in der Lage, geprüfte und geschulte Kräfte für **Wochenbettpflege** zur Verfügung zu stellen.

Gefällige Anmeldungen wollen bei Frau Haug, Jollystraße 20, 3. St., oder im St. Elisabethenhaus, Sofienstraße 19, gemacht werden; daselbst nähere Auskunft.

Unbemittelte Frauen erhalten wie bisher unentgeltlich eine Hauspflegerin.

Hat jemand Rheumatismus,

Gicht, Gliederreißen, Nervenschmerzen, Hüftweh (Ischias), Hexenschuß, Geschwulst 2c.
so gebrauche er **Reichel's „Electricum"** (Aeth. Kiefernadel-Waldwollöl),
ein einfaches und unschädliches Naturprodukt von **starker, durchgreifender Wirkung. „Electricum"** wirkt wie **elektrisierend auf den Körper!** Fl. **60 Pf.,** M. **1.—** und **2.—.**
Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von **Reichel's Wachholder-Extrackt,** Fl. **75 Pf.,** M. **1.50** und **2.50. Man nehme nur die echten Original-Füllungen** und **achte scharf** auf die Marke **„Medico"** und den Namen **Otto Reichel,** Berlin SO.
In **Karlsruhe** bei: **Carl Roth,** Herrenstr. 26. **Otto Fischer,** Karlstr. 74. **Max Hofheinz,** Luisenstr. 8. **Anton Kintz,** Sofienstr. 128. **Theodor Walz,** Kurvenstr. 17. **Bruchsal:** Joseph Wünsch, Hoheneggerplatz. **Ettlingen: Robert Auf,** Am Markt. **Kehl: E. Barth,** Hauptstr. 60. **Paul Albrich,** Hauptstr. 70. **Rastatt: Richard Oster,** Schulstr. **Josef Weinbusch,** Kaiserstr.
Engros-Lager in Karlsruhe bei: **Leopold Fiebig,** Adlerstr. 24.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Nr. 1007. Im Verfahren der Zwangsvollstreckung soll das unten beschriebene, in **Karlsruhe** gelegene, im Grundbuche von **Karlsruhe** zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Bäckermeisters **Wilhelm Hang** in Pforzheim eingetragene Grundstück am

Dienstag, den 8. März 1910, vormittags ½10 Uhr,

durch das Notariat — in den Diensträumen Adlerstraße 25, Hof, Seitenbau, in Karlsruhe — versteigert werden.

Grundbuch Karlsruhe, Band 151, Heft 8, Lgb.-Nr. 3111,
4 a 05 qm Hofreite, **Rüppurrerstraße 12.** Hierauf steht:
a) ein dreistöckiges Wohnhaus mit Seitenflügel, b) eine einstöckige Waschküche, Anschlag . . . . . 47 000 Mk.
Zubehör (Einrichtung der Wirtschaft **„Zur goldenen Gans"**) 1 037 Mk.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. Dezember 1909 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht zu ersehen waren, sind spätestens in der Versteigerungstagfahrt vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Karlsruhe, den 17. Januar 1910.

Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.
Dr. Schwarzschild.

Lieferung von Baderfordernissen.

Die Lieferung nachverzeichneter Gegenstände für die hiesigen Badanstalten 2c. soll für das Jahr 1910 im Wege des Angebotsverfahrens vergeben werden.

1. 200 Stück Badtücher, leinene, 2 m lang, 1,80 m breit,
2. 100 „ „ Gerstenkorn, 2,50 m lang, 1,80 m breit,
3. 50 „ Badmäntel, baumwollen, 1,70 m lang, 1,70 m breit,
4. 400 „ Kopftücher, leinen, 80/80 cm nach Muster,
5. 50 „ Fußtücher, Frottierstoff, 60/80 cm „ „
6. 100 Paar Socken, baumwollen, „ „
7. 100 Stück Handtücher, 50/110 cm „ „
8. 100 „ Staubtücher, „ „
9. 15 „ Wolldecken, 2,10 m breit, 2,45 m lang „ „
10. Beiläufig 500 kg weiße Kernseife mit Mindestgehalt von 60 % Fettsäure; die zu liefernde Seife darf kein freies Alkali in merklicher Menge enthalten.
11. „ 200 kg weiße Schmierseife,
12. „ 400 kg gelbe Schmierseife.

Die Leinen und Baumwollwaren sind ohne Appretur zu liefern. Seife und Schmierseife sind auf Verlangen der einzelnen Anstalten in Teilmengen nach Bedarf zu liefern.

Angebote sind nebst beigeschlossenen Mustern, mit der Aufschrift: „Angebote auf (Bezeichnung des Gegenstandes der Lieferung)" versehen, bis **Freitag, den 28. Januar d. J., vormittags,** an die unterzeichnete Stelle portofrei einzureichen, woselbst die Bedingungen zur Einsicht aufliegen.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Baden-Baden, den 11. Januar 1910.

Großh. Hauptsteueramt.

Karlsruhe—Mühlburger
Dampf-Wasch- und Plätt-Anstalt
Rheinstraße 113. Telephon 2255.
Spezialität: Stärke-Wäsche
in absolut feinster, einwandfreier Ausführung.
Prompte Bedienung bei freier Abholung und Rücklieferung.
Große Rasenbleichen. Trocknung im Freien.
Nach Auswärts franko gegen franko.

Höhere Handelsschule Rottweil a. N.
mit Pensionat.
1. **kaufm. Fachschule** (Halbjahreskurse).
2. **Vorbereitung zum Einjährigen.**
3. **Vorbereitung zum Examen des Post- und Eisenbahndienstes.**

Eintritt zu jeder Zeit. Prospekte durch
Direktor Heppeler.

Inventur-Ausverkauf
mit
großem Preisnachlaß u. 5 Prozent Rabatt.

Mehrere zurückgesetzte **Schlafzimmer** mit 50—100 Mark Preisermäßigung, ein- und zweiteilige **Spiegelschränke, Waschkommode, Nachttische, Bettstellen,** einzelne **Bettstellen** besonders billig, sehr pünktlich gearbeitete **Matratzen u. Betten,** besonders preiswerte **Buffets, Kredenzen, Bücherschränke** und **Schreibtische** verschiedener Art, mehrere bessere **Herrenzimmer,** hübsche **Wohnzimmer** und **Salons,** feine **Salonschränke, Truhen,** viele **Tische** und **Stühle, Trumeaux, Ziermöbel, Flurgarderoben, Lederfauteuils, Polstermöbel**

5 Prozent Rabatt

auf das Beste, was in **Schlafzimmern** gemacht wird, mit 2- und 3türigen **Spiegelschränken,** hervorragend schöne **Speisezimmer** in besonders hübschen Stilformen, dazu passende **Herrenzimmer** mit 2- und 3türigen **Bücherschränken,** hübsche **Wohnzimmer** und **Salons, Fremdenzimmer** und **Küchenmöbel.**
Bei Aussteuern besonderes Entgegenkommen.

R. Deverth,
97 Kaiserstraße 97.

Unentbehrlich für jede Familie!

Underberg-Boonekamp
Devise: Semper idem,
Fabrikation alleiniges Geheimniss der Firma:
H. UNDERBERG-ALBRECHT
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.
am Rathhause in **RHEINBERG** am Niederrhein.
Gegr. 1846.
Anerkannt bester Bitterlikör!
24 Preis-Medaillen!
Man verlange ausdrücklich: **Underberg-Boonekamp.**

Eier! Eier! Eier!
Garantiert frische Trink-Eier mit Kontrollstempel versehen liefert im Auftrag der badischen Eierabsatzgenossenschaften bei Abnahme von 60 Stück franko in's Haus zu herabgesetzten Preisen
Genossenschaftsverband bad. landw. Vereinigungen
Ettlingerstraße 59, Telefon Nr. 279.

Separater Damensalon
für
Frisieren und Kopfwaschen
(Damen- und Herrenbedienung).
Anfertigung sämtlicher modern Haararbeiten
empfiehlt
R. Günther,
Adlerstr. 40
MITGLIED DES BUNDES DEUTSCHER PERÜCKENMACHER, DAMEN- & THEATERFRISEURE
Abonnenten in und außer dem Hause werden angenommen.
Stets Ankauf ausgekämmter Haare.